

Niederschrift über die Sitzung Jugendhilfeausschuss der Stadt Wilhelmshaven am
Dienstag, 9. November 2010, 15:00 Uhr, Waisenstift Varel , Nr. 8/2010

Vorsitzende

Ausschussvorsitzende Barbara Ober-Bloibaum Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Sabine Gastmann

Mitglied CDU-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Brigitte Klee

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Hartmuth Sager

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vertreter Grundmandat Werner Biehl

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Protokollführer

Protokollführer Herbert Eckhoff

Sonstige

beratendes Mitglied Rüdiger Schaarschmidt

beratendes Mitglied Martin Toepel

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied Carsten Feist

Freie Jugendhilfe

Ausschussmitglied Andreas Kout

Ausschussmitglied Peter Siefken

Ausschussmitglied Joachim Stasch

Ausschussmitglied Rina Steinbeck

Ev.-luth. Kirche

beratendes Mitglied Brigitte Mittelstädt

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied Renate Sopp-Dreyer

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Waldemar Strauch

Gäste

Jugendhilfeplaner Thomas Neumann

Leiterin Jugendärztl. Dienst beim Gesundheitsamt Astrid Gäde

Rainer Würdemann – SOS-Hilfeverbund Wilhelmshaven-Friesland

Hermann Schülke – Meracon gGmbH

Uwe Carstens – Waisenstift Varel

Es fehlten entschuldigt

Ausschussmitglied Angelika Thwin – SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Philipp Panzer – CDU-Fraktion

beratendes Mitglied Andreas Bolten – Vertreter der römisch - katholischen Kirche

beratendes Mitglied Brigitte Pecht – Elternvertreterin/Erzieherin KiTa

beratendes Mitglied Sonja Chamkhi – Vertreterin der Interessenausländischer Kinder
und Jugendlicher

beratendes Mitglieder EllenWolbergs - Gleichstellungsbeauftragte

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.09.2010
- 3 Vorstellung des Zentrums für bedarfsgerechte und familienanaloge Hilfen Jeringhave
- 4 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss
- 4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Jugendparlamentes **261/2010**
- 4.2 Präventionskonzept Frühe Hilfen
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Sachstand Spielplatz am Kulturzentrum PUMPWERK
- 5.2 Sachstand Jugendschutz (Alkoholtestkäufe)
- 5.3 Haushalt: Nachbewilligung zum Haushalt 2010
- 5.4 Kommunale Kosten der Jugendhilfe mit Ursache in politischen Entscheidungen des Bundes bzw. des Landes Niedersachsen
- 5.5 Schulkindergarten
- 5.6. Sitzung am 8.12.2010

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Ober-Bloibaum eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.09.2010

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 8.9.2010 wurde einstimmig genehmigt.

3 Vorstellung des Zentrums für bedarfsgerechte und familienanaloge Hilfen Jeringhave

Vor Beginn der Sitzung bestand für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses die Möglichkeit der Besichtigung des neuen Zentrums für bedarfsgerechte und familienanaloge Hilfen des Waisenstifts Varel in der Ter-Borg-Str. 1, 26316 Varel-Jeringhave.

In der Sitzung erläuterten Herr Carstens, Herr Würdemann und Herr Schülke das neue einheitliche Konzept, nach dem die 3 Jugendhilfeträger künftig Kinder und Jugendliche gestaffelt nach Altersgruppen sowie deren Eltern betreuen werden.
(Anlage 1)

4 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss

4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Jugendparlamentes

261/2010

Der Vorlage zur Änderung der Geschäftsordnung des Jugendparlamentes wurde einstimmig zugestimmt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Änderung der Geschäftsordnung des Jugendparlamentes der Stadt Wilhelmshaven mit folgender Änderung gegenüber der Vorlage: Die Geschäftsordnung des Jugendparlamentes tritt durch Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 9.11.10 in Kraft und löst die zuletzt am 21.5.03 geänderte Geschäftsordnung vom 14.7.98 ab.

4.2 Präventionskonzept Frühe Hilfen

Herr Neumann erläuterte das Konzept der frühen Hilfen in Wilhelmshaven (siehe anliegende Broschüre) Der Jugendhilfeausschuss nahm zustimmend Kenntnis

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Sachstand Spielplatz am Kulturzentrum PUMPWERK

Herr Feist erinnerte daran, dass der Jugendhilfeausschuss vor einem Jahr der Verwaltung den Auftrag erteilte, haushaltsneutral den Spielplatz am Pumpwerk, der aufgrund von Baufähigkeit der Geräte leider abgeräumt werden musste, zu erhalten.

Es wurden seitdem verschiedene Gespräche geführt. Am 29.9.10 habe ein in Wilhelmshaven ansässiges Energieunternehmen eine Spende in Höhe von 15000 € übergeben habe. Mit dieser großen und weiteren kleinen Spenden, die bislang eingegangen seien, würden der Verein „Kulturgut e. V.“, der diesen Spielplatz betreiben werde und die Wilhelmshavener Tourismus GmbH als Eigentümer des Spielplatzes zum Frühjahr 2011 in Kooperation mit der GPS Wilhelmshaven und der BBS Friedenstraße die Geräte herstellen und in einem ersten Bauabschnitt so montieren, dass ein barrierefreier Spielplatz entstehe.

5.2 Sachstand Jugendschutz (Alkoholtestkäufe)

Herr Feist berichtete von den in Kooperation zwischen Jugendamt und Polizei durchgeführten Alkohol-Testkäufen., Von März 2009 bis Sept 2010 wurden insgesamt 10 Kontrollen mit Jugendlichen, meist 14 – 15jährigen Testkäufern in allen Bereichen des Einzelhandels (Kiosken, Tankstellen, Getränkefachmärkten, Lebensmitteleinzelhändler oder Gemischtwarenläden) durchgeführt.

Die Auffälligkeiten, also die Quote der Fälle, in denen die Jugendlichen ohne Nachfrage nach dem Alter Alkohol erwerben konnten, läge bei insgesamt 40 %, wobei paradoxerweise seit Beginn der Testkäufe eine Steigerung der Quote zu verzeichnen sei (anfangs 20%, später 30%, bis zum Schluss 60%)

Daraufhin habe man in Abstimmung mit der Bußgeldstelle und der Polizei die

Strategie geändert.

Von März 2009 bis Frühjahr 2010 habe man bei Feststellung von illegalem Alkoholverkauf die Strategie verfolgt, zu beraten, zu informieren, Hilfeangebote zu machen und im Wiederholungsfalle mit moderaten Bußgeldern zu arbeiten..

Seit Sommer diesen Jahres würden schon beim Erstverstoß Bußgelder von 500 € verhängt und im Wiederholungsfalle jeweils verdoppelt. Mit dieser Strategieänderung hoffe man, dem vorstehend genannten Trend entgegenzuwirken.

5.3 Haushalt: Nachbewilligung zum Haushalt 2010

Herr Stoffers erklärte die erforderlich gewordene Nachbewilligung des Haushalts 2010 in Höhe von 2,15 Mio € im Jugendhilfebereich.

Schon im ersten Budgetbericht, der das erste Quartal 2010 betraf, habe sich gezeigt, dass ein Defizit von 1,879 Mio € bestehen würde, der sich aus einer Unterfinanzierung (Differenz zwischen Haushaltssoll und Rechnungsergebnis) aus dem Jahre 2009 erklären würde. Diese Differenz wurde im Jahre 2009 durch eine Nachbewilligung in Höhe von 834000 € verringert. Der Rest wurde finanziert durch Minderausgaben bei den Aufwendungen für Kindertagesstätten (bedingt durch Verschiebung des Ausbaus der Krippen) in Höhe von 386000 € sowie Minderausgaben bei den Unterhaltsvorschusszahlungen in Höhe von 216000 € und Einsparungen aufgrund zeitlicher Verzögerungen bei den Familienzentren (ca. 350000 €). Der Bedarf für 2009 konnte auf diese Weise sichergestellt werden. Bei der Aufstellung des Haushalts für 2010 habe man jedoch lediglich das Haushaltssoll um die Summe der Nachbewilligung erhöht (834000 €) erhöht, d. h. bereits zu diesem Zeitpunkt „fehlten“ etwa 1 Mio €. Um den Haushalt genehmigungsfähig zu gestalten, habe man es nach Abstimmung mit der Kämmerei dabei belassen und auch keine Steigerungsraten eingeplant. Normalerweise plane man mit einer Steigerungsrate von 7%. Hätte man für 2010 die Steigerungsrate von 7 % eingeplant, dann wären noch einmal 740000 € hinzugekommen, dass seien insgesamt rund 1,8 Mio €. Es fehlten daher im Prinzip noch 350000 € und diese resultierten daraus, statt 7 eine 11%ige Fallzahlensteigerung zu verzeichnen hätte sowie die allgemeine Kostensteigerung bei den Pflegesätzen. (ca. 0,5%)

5.4 Kommunale Kosten der Jugendhilfe mit Ursache in politischen Entscheidungen des Bundes bzw. des Landes Niedersachsen

Herr Stoffers erläuterte die auf politische Entscheidungen des Bundes und des Landes zurück zu führenden kommunalen Kosten der Jugendhilfe (Anlage 2)

5.5 Schulkindergarten

Frau Ober-Bloibaum gab den Vorsitz an Frau Klee ab und stellte anschließend die Situation um die nicht mehr bestehenden Schulkindergärten zur Diskussion:

Erstklässler, die zum Stichtag eingeschult werden mussten und dem normalen Unterricht in der ersten Klasse nicht folgen konnten, die also zwar schulpflichtig, aber nicht schulfähig seien, konnten in der Vergangenheit die Schulkindergärten besuchen. Diese Schulkindergärten existierten jedoch nicht mehr. Die betroffenen Kinder würden jetzt in den Klassen verbleiben und dort z. T. von Mitschülern gehänselt und ausgegrenzt. Derzeit gebe es in den Grundschulen 10 solcher Fälle.

Herr Feist wies darauf hin, dass die Schulkindergärten, was die personelle Ausstattung betreffe, in der Zuständigkeit der Landesschulbehörde läge und die räumliche und sachliche Ausstattung in der Zuständigkeit des kommunalen Schulamtes. Es habe insgesamt 3 Schulkindergärten gegeben, nämlich in der Wiesenhofschule, der Schule Albrechtstraße und in der Schule Mühlenweg.

Der Schulkindergarten im Wiesenhof existiere nicht mehr, die Schule Albrechtstraße als solche ebenfalls nicht und der Schulkindergarten an der Schule Mühlenweg sei lediglich virtuell vorhanden, weil ihn zurzeit keine Kinder besuchen.

Frau Mittelstädt wies darauf hin, dass die Tatsache, dass bei vorzeitiger Einschulung der sog. Kann-Kinder die Beiträge für das letzte Kindergartenjahr an die Eltern wieder ausbezahlt sei, viele Eltern dazu verleite, ihr Kind vorzeitig einschulen zu lassen, obwohl die Empfehlung der Kindergärten und möglicherweise auch die Schuluntersuchung durch Fr. Gäde dem entgegen stünden.

Frau Gäde erklärte, dass mitunter Kinder gegen ihre Empfehlung von den Schulen eingeschult werden würden. Das habe damit zu tun, dass manche Schulen ihre Klassen voll kriegen müssten oder dass Schulen erhalten bleiben wollten. Das Niveau der Grundschulklassen sei dadurch innerhalb der letzten Jahre ziemlich gesunken, so dass es heute Grundschulklassen gebe, in die Kinder aufgenommen würden, die eigentlich noch zurück zu stellen seien. Letztlich entscheide aber immer der Rektor der jeweiligen Schule.

Anschließend übernahm Frau Ober-Bloibaum wieder den Vorsitz.

5.6 Sitzung am 8.12.2010

Einvernehmlich wurde auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen, die Sitzung am 8.10.2010 entfallen zu lassen.

Ende des öffentlichen Teils 17:20 Uhr